

Unbezahlbarkeit als soziale Waffe

Zur geschlechterhierarchischen und sozialpolitischen Dimension von Ehrenamtlichkeit

Im Diskurs über die Freiwilligenarbeit fehlt die Berücksichtigung der unbezahlten Haus- und Familienarbeit.

Zudem bekommt der ehrenamtliche soziale Einsatz wieder mehr den Charakter der Mildtätigkeit Wohlhabender. Beides stabilisiert gesellschaftliche Verhältnisse, die dringend reformbedürftig sind.

Ehrenamtlichkeit, für die heute zunehmend der Begriff der Freiwilligenarbeit verwendet wird, hat in den Kirchen eine lange Tradition. Der Umstand, dass hier gerade Frauen in vielfacher Form bildende, helfende, fürsorgende, begleitende Tätigkeiten unbezahlt erbringen, braucht Aufmerksamkeit. Reiht sich doch diese Art unbezahlter Frauenarbeit ein in eine ganze Reihe von vorwiegend Frauen überlassenen bzw. zugewiesenen Formen der gesellschaftlich unverzichtbaren, aber – wie es ebenso wolkig wie zynisch heißt – »unbezahlbaren« Arbeit. Die materiellen und sozialen Folgen für Frauen sind, ebenso wie für jene, für die sie in der Hauptsache ihre freiwilligen Leistungen erbringen, gravierend.

Dank der »gendersensiblen« Datenerfassung für den Österreichischen Sozialbericht 2007-2008 gibt das Kapitel zu »Freiwilligenpoli-

tik« einen Einblick in die Engagementwelt der Bürger und Bürgerinnen. Freiwilligenarbeit wird dabei definiert als eine Leistung, die freiwillig und ohne Bezahlung für Personen außerhalb des eigenen Haushaltes erbracht wird. 44% der österreichischen Bevölkerung ab 15 Jahren leisten in irgendeiner Form solche Freiwilligenarbeit, 47% der Männer und 41% der Frauen.

67% der freiwillig tätigen Frauen leisten ihre Beiträge im Bereich der Nachbarschaftshilfe, gefolgt von »Kirche« mit 20% und »Kultur« mit 16%. Unter 10% liegt ihr Anteil im Bereich »Sport«, nur 4% sind in den Bereichen »Gemeinwesen« sowie »Umwelt« aktiv. 57% der freiwillig tätigen Männer engagieren sich im Bereich Nachbarschaftshilfe, je 22% in den Bereichen »Sport« und »Hilfsdienste«. 18% erbringen ihre Leistung im Bereich »Kultur« und »Politische Arbeit und Interessenvertretung«, nur 8% im Bereich »Kirche« und 4% im Bereich »Bildung«.¹

Ausgeblendete Zusammenhänge

Dieses – möglicherweise zunächst »unverdächtige« – Bild des Umfangs und der Bereiche freiwilligen Engagements ergibt in Kombination mit

weiteren empirischen Daten zur geschlechtsspezifischen Zeitverwendung ein drastisches Bild bestehender geschlechterhierarchischer Arbeitsteilung. Diese Zusammenschau ist nicht zuletzt deswegen angebracht, weil – analysiert nach dem Lebensunterhalt – die Gruppe der Erwerbstätigen das umfangreichste freiwillige Engagement aufweist. Während erwerbstätige Frauen

»Erwerbstätige haben das umfangreichste freiwillige Engagement.«

eine wöchentliche Gesamtbelastung an bezahlter und unbezahlter Arbeit von 64 Stunden haben, ist es bei den erwerbstätigen Männern eine von 48 Stunden. Demnach erbringen erwerbstätige Frauen zu jeder entlohten Arbeitsstunde 51 Minuten an Leistung im Bereich der unbezahlten Arbeit, bei erwerbstätigen Männern sind es gerade einmal elf Minuten.²

Laut Statistik Austria sind unter den Begriff unbezahlter Arbeit im Rahmen dieser oben angesprochenen Erhebungen ausschließlich Tätigkeiten im eigenen Privathaushalt gefasst (Hausarbeit, Kinderbetreuung, Pflege). D.h. jede Form der durch Frauen geleisteten Freiwilligenarbeit – egal ob im Bereich der Nachbarschaftshilfe oder im Bereich der in Vereinen oder anderen Trägern organisierten Ehrenamtlichkeit – addiert sich zu dieser Gesamtbelastung und stellt ein weiteres Element in der Zeitwohlstands-Bilanz von Frau-

»Zeitinvestition von Frauen zugunsten anderer«

en im Vergleich zu Männern dar. Die auf den ersten Blick leichte Differenz im Volumen freiwilliger Arbeit zwischen den beiden Geschlechtergruppen (47% der Männer, 41% der Frauen) stellt sich so betrachtet als Nachweis einer weiteren unglaublichen unbezahlten Zeitinvestition

von Frauen zugunsten anderer, zugunsten des gesellschaftlichen Gemeinwohls dar.

Verfügbare Zeit

Schlagzeilen wie »Unverzichtbar. Ohne ehrenamtlich Tätige wäre das Leben in Österreich so nicht vorstellbar«³ sind wohl umformuliert als »Unverzichtbar. Ohne unbezahlte Arbeit in den privaten Haushalten wäre das Leben in Österreich unmöglich« kaum denkbar. Im AK-Frauenbericht wird das in der gesellschaftlichen Debatte gerne übersehene Faktum dargelegt, dass durch eine hohe Belastung an unbezahlter Arbeit umso weniger Zeit für Erwerbsarbeit (und damit unter heutigen Bedingungen für die materielle Existenzsicherung), aber auch für Aus- und Fortbildung verfügbar ist.

Die hohe Beteiligung von Frauen an unbezahlter Freiwilligenarbeit scheint sich (zumindest in der vorherrschenden volkswirtschaftlich-neoklassischen Betrachtungsweise) gesellschaftlich zwar ebenso »zu rechnen« wie die unge-

»eindeutige Benachteiligungsstrukturen«

brochene Zuständigkeit von Frauen für die unbezahlte Haus- und Kinderarbeit. Beide zusammengekommen, die unbezahlte Freiwilligenarbeit und die unbezahlte Haus- und Kinderarbeit, stellen allerdings für die Geschlechtergruppe der Frauen eindeutige Benachteiligungsstrukturen dar. Das hohe Maß an unbezahlter – »unbezahlbarer« – Arbeit von Frauen verfestigt die soziale Ungleichheit zwischen Männern und Frauen. Frauen können ihre Zeit nicht in vergleichbarem Ausmaß wie Männer für ihre materielle Existenzsicherung, ihre Bildung, ihr selbstbestimmtes gesellschaftliches bzw. politisches Engage-

ment und auch nicht für ihre Muße einsetzen: »Die Frage, wie viel des Zeitbudgets durch notwendige Arbeiten gebunden ist, bestimmt somit in zentraler Weise die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe.«⁴ Während der gesellschaftliche Wert, der volkswirtschaftliche Nutzen und der Umfang der Freiwilligenarbeit durch einige Akteure (Wohlfahrtsverbände, Rettungsdienste,

»Es fehlt eine »Promotion« des Wertes, des Nutzens und des Umfangs unbezahlter Arbeit in den Haushalten.«

Kirchen, politische Parteien, Regierung etc.) immer gezielter und erfolgreicher ins rechte Licht gerückt wird, fehlt eine vergleichbar kontinuierliche und mit klaren gesellschaftspolitischen Zielen verbundene »Promotion« des Wertes, des Nutzens und des Umfangs unbezahlter Arbeit in den Haushalten immer noch!

Im Wiener Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz ist eine eigene Sektion für »Freiwilligenpolitik« eingerichtet, ein aktuelles Forschungsprojekt soll demnächst neue Daten zur Situation des freiwilligen Engagements in Österreich liefern, seit einigen Jahren gibt es einen »Österreichischen Rat für Freiwilligenarbeit«. Modellprojekte zur Aufwertung und Stärkung der Freiwilligenarbeit werden gefördert. Die statistische Information, dass etwa 420.000 Erwerbstätige notwendig wären, um das Arbeitsvolumen der freiwillig Tätigen zu bewältigen⁵, wird gerne quer durch die Medien und von politischen AmtsträgerInnen zitiert. Die statistische Information dagegen, dass eine Bewertung des Volumens der unbezahlten Arbeit in privaten Haushalten das Bruttoinlandsprodukt zwischen 50 und 140% erhöhen würde und 70% dieser Steigerung von Frauen getragen würde, wird bestenfalls rund um den nächsten Internationalen Frauentag erwähnt.

Veränderte Lebensentwürfe

Ehrenamtliche Tätigkeit bzw. Freiwilligenarbeit findet nicht losgelöst von gesamtgesellschaftlichen Prozessen statt, sondern unter von ihnen geprägten Rahmenbedingungen. Das Ehrenamt traditioneller Prägung ist zwar im kirchlichen Bereich noch sehr präsent, aber auch hier wirken sich die veränderten Lebensentwürfe gerade auch von Frauen bereits aus. Die aktuellen Zahlen zur Freiwilligenarbeit im kirchlichen oder religiösen Bereich sprechen von 428.500 hier tätigen Personen, davon sind mehr als doppelt so viele Frauen wie Männer. Von dieser Gesamtzahl an Freiwilligen erfüllen 44,7% Kernaufgaben, 32,7% administrative sowie 15,3% sonstige Aufgaben und nur 7,3% haben leitende Funktionen. Hier ist der Anteil der Männer etwas höher als bei den Frauen.⁶

Das eklatante Ungleichgewicht zwischen dem umfassenden und vielfältigen Engagement von (auch vielen jungen) Frauen in kirchlichen Strukturen und der Schwierigkeit, entsprechend ihrer Lebensformen und Lebensentwürfe, Interessen und persönlichen Fähigkeiten einen angemessenen Platz in der Kirche zu finden, spricht

»Jüngere Frauen mit guter Ausbildung arbeiten lieber als beruflich Qualifizierte.«

die Bundesfrauenkonferenz des Bundes der Katholischen Jugend Deutschland vom vergangenen Jahr an. Es bestehe die Gefahr, so heißt es in dieser Erklärung, dass die Kirche engagierte und erfahrene Mitarbeiterinnen verliere. Bislang seien die Frauen in der katholischen Kirche zwar noch wichtige Stützen im karitativen, pastoralen, liturgischen, diakonischen und missionarischen Bereich. Aber die Verantwortlichen in der Kirche müssten darauf reagieren, dass Frauen mit

ihren Befähigungen ernst genommen werden und nicht auf bestimmte Rollen reduziert werden wollen.⁷

In einem etwas älteren Artikel zum Thema »Die Krise der Freiwilligenarbeit« erzählt die Schweizer Ökonomin Mascha Madörin von einer Veranstaltung mit 700 Frauen in St. Gallen, von denen sich keine einzige für die Arbeitsgruppe »Freiwilligenarbeit« gemeldet hätte. Wegen solcher Erscheinungen und den Forderungen der Feministinnen in den jeweiligen Institutionen werde im karitativ-sozialen Bereich zunehmend über Spesenentschädigung, Weiterbildungrechte, Qualifikationsnachweis und klare Regelungen beim Zeitaufwand geredet. Damit sollten endlich jene Gepflogenheiten, die für die ehrenamtliche Arbeit der Männer üblich sind, für die karitativ-sozialen Tätigkeiten der Frauen gelten.⁸ Nach Madörins Einschätzung werde deswegen soviel über Freiwilligenarbeit geredet, weil sie in der Krise sei und das nicht zuletzt deshalb, weil jüngere Frauen mit guter Ausbildung lieber als beruflich Qualifizierte erwerbsarbeiten, anständig bezahlt ihre Neugier und ihre Weiterbildungsbedürfnisse stillen und dem beruflichen Ehrgeiz frönen würden, wie es die Männer des Mittelstandes und der Upperclass schon immer getan hätten.

Mildtätig aber unpolitisch?

Der Begriff der »Mildtätigkeit«, bis vor kurzem aus dem alltäglichen Sprachgebrauch weitgehend verschwunden, kehrte in Österreich durch die im Rahmen der Steuerreform 2009 beschlossene gesetzliche Lösung zur steuerlichen Absetzbarkeit von Spenden jüngst wieder. Ob beabsichtigt oder nicht zeichnet sich hier – zumindest am Horizont gesellschaftlicher Wertevorstellungen – wieder eine Haltung ab, die eigent-

lich spätestens mit dem Ende der Monarchie hätte untergehen sollen. Die, wenn auch nur als definitivisch-legistische Notlösung zum Zug gekommene Sichtweise, dass Spenden etwas mit mildtätigen Gaben zu tun haben könnten, ist vermutlich weniger weit von der Wahrheit entfernt, als vielen lieb ist.

Egal ob spenden oder ehrenamtlich arbeiten: Sobald dahinter der Gestus der mildtätigen Zuwendung steht und die Frage nach möglichen verletzten (Teilhabe-)Ansprüchen der bedachten

»Gefahr, bestehende Ungleichheiten zu prolongieren«

Menschen ausgeblendet bleibt, besteht die Gefahr, durch Spenden wie durch ehrenamtliches Engagement bestehende Ungleichheiten zu prolongieren und die eigenen Anteile daran nicht zu prüfen. Unter dem pointierten Titel »Freiwilligenarbeit nützt nur den Privilegierten« hat der Soziologe Isidor Walliman diesen Aspekt aus der Perspektive der Freiwilligenarbeit in der Schweiz dargelegt.

In der Schweiz arbeiten 23% der Bevölkerung (zwischen 20 und 85) in der formellen Freiwilligenarbeit für eine staatliche oder eine private Organisation. Davon betätigen sich 10% in Organisationen, die dem Sozialbereich zuzurechnen sind. In diesem Bereich dominiert das Engagement der Frauen: 75% der Freiwilligenarbeit im Sozialbereich wird von Frauen geleistet. Die sozioökonomische Beschreibung der freiwillig Tätigen fällt eindeutig aus: Ehrenamtliche,

»Ehrenamtliche sind in der Regel mehrfach privilegiert.«

so Wallimann, »sind in der Regel mehrfach privilegiert ... Sie haben überdurchschnittlich viel Bildung, Einkommen, Vermögen, freie Zeit (die

nicht als Lohnarbeit zur Sicherung des Lebensunterhaltes oder des Konsum-Status verkauft werden muss).«⁹ Diese Ressourcenausstattung macht logisch, was Wallimann auch als empirisch belegbar anführt: In den diversen ehrenamtlichen Engagementfeldern sind Leute aus der Unterschicht praktisch nicht vertreten. Sind sie doch, zumindest was freiwillige Tätigkeit im Sozialbereich anlangt, die Zielgruppe, deren Lebensumstände durch ehrenamtliche Arbeit verbessert werden soll.

Wallimanns Befund lautet: Im Bereich freiwilligen sozialen Engagements helfen »statushohe«, privilegierte Freiwillige »statustiefen«, unterprivilegierten Bedürftigen. Privilegierte neigen, so Wallimann weiter, wie andere Interessensgruppen auch, dazu, ihre Privilegien zu erhalten und sie zu verteidigen. »Sie neigen ferner dazu, den marktwirtschaftlichen Mechanismus, innerhalb dessen sie zu ihren Privilegien gekommen sind, grundsätzlich zu befürworten.«¹⁰

Auf genau diese Mechanismen zurückzuführende soziale Probleme werden als Folge marktwirtschaftlicher Sachzwänge oder als Folge von gesellschaftlichen »Fehlentwicklungen« – wie Anonymität, Individualismus, Verlust religiöser Normen und der Nächstenliebe – ange-

**»nicht ehrenamtlich,
sondern politisch handeln«**

sehen, die aber nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit diesen marktwirtschaftlichen Sachzwängen gesehen werden. Sozial Engagierte sind deshalb nicht unbedingt diejenigen, die engagiert eine Politik unterstützen würden, die versucht, »Fehlleistungen des Marktes im Bereich der Existenzsicherung mit direkten Eingriffen in das Gesellschafts- und Marktgefüge zu verhindern (Prävention) oder diese Fehlleistun-

gen mittels einer existenzsichernden Verteilungs- und Integrationspolitik nachträglich zu korrigieren«¹¹.

Wallimanns Forderung aus dieser Analyse ist pointiert: Ehrenamtlich Tätige sollten sich in der Zeit, die sie in überdurchschnittlichem Maß nicht als Arbeitszeit zur Existenzsicherung verkaufen müssen, nicht ehrenamtlich in sozialen Organisationen betätigen, sondern politisch handeln. Sie sollen sich »für die Existenzsicherung aller einsetzen, von ihren materiellen Ressourcen abgeben und auch andere Privilegierte motivieren, dies zu tun (Arbeitszeitreduktion, Steuererhöhung,)«¹².

Ehrenamtlichkeit und neoliberale Staatlichkeit

In Deutschland sind es über 20 Millionen Menschen, die ehrenamtlich tätig sind und ohne die – glaubt man dem Trailer der ARD für die Themenwoche zum bürgerschaftlichen Engagement vom Mai 2009 – in etlichen Bereichen das öffentliche Leben in Deutschland schon zusammengebrochen wäre. In einer »ganzvollen und emotionalen Live-Sendung« sollten zum Auftakt dieser Themenwoche sowie in TV-Dokumentationen und Radio-Highlights beispielhaft einige von denen vorgestellt werden, die »Gutes tun und dafür keinen Cent verlangen«. So zum Beispiel auch die Tafel-Bewegung: Die Sendung, die diese Initiative vorstellte, trug den Titel »Die Wiederkehr der Suppenküchen«.

Auch in einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung über das Positive zehntausender sozialer und gesellschaftspolitischer Projekte, »die dort ansetzen, wo der Staat es nicht oder nicht mehr tut«, wird von den »Tafeln« berichtet. Mehr als 800 gibt es derzeit in Deutschland mit einer Million »Kunden«, denen an 2000 Ausgabestellen

gespendete Lebensmittel serviert werden. Die Zahl der Bedürftigen, die bei den Tafeln essen, hat sich seit Hartz IV verdoppelt. Nur allzu verständlich, dass sich der Vorsitzende des »Bun-

»Bürgerschaftliches Engagement ist kein Ersatz für den Sozialstaat.«

desverbandes Deutsche Tafel« über die Tendenz des Staates ärgert, das, was als Sozialstaat zu leisten sei, von privaten Initiativen leisten zu lassen. Bei allem berechtigten Stolz auf das eigene Engagement, meint Gerd Häuser, fördere man damit auch den weiteren Rückzug des Staates aus seinen Kernaufgaben.¹³ Bürgerschaftliches Engagement, so dann der Beitrag der Süddeutschen Zeitung kritisch, sei kein Ersatz für den Sozialstaat. Der Staat habe seine Pflicht zu erfüllen, privates Engagement sei die Kür.

Die letzten drei Jahrzehnte zunehmend neoliberaler Politik haben die BürgerInnen gelehrt, dass scheinbar nur ein schlanker Staat ein guter Staat ist. Die für derlei Belehrungen übliche politische Rhetorik greift dabei auf Abwertungen von Weiblichkeit zu. Die Rede ist dann gerne vom üppigen Sozialstaat, der abhängig macht: der überfürsorgliche Protektionismus des Sozialstaates habe verantwortungslose, abhängige, also

»Der mütterliche Wohlfahrtsstaat diskreditiert männliche Werte.«

feminisierte Menschen produziert. Der mütterliche Wohlfahrtsstaat diskreditiere männliche Werte wie Unabhängigkeit, Selbstverantwortung und Wettbewerb. Letztlich läuft dieser Diskurs darauf hinaus, dass nur jene BürgerInnen gute BürgerInnen sind, die den Sozialstaat nicht in Anspruch nehmen, weil sie sich selber helfen können. Dieses BürgerInnenbild diskreditiert Frauen, denn sie sind aufgrund ihrer Lebensrea-

litäten und -verläufe sowie aufgrund ihrer Diskriminierung am Erwerbsarbeitsmarkt häufiger auf den Sozialstaat angewiesen.

Konzepte von Bürgergesellschaft, wie sie vor allem – aber bei weitem nicht nur – von konservativen Parteien ins Spiel gebracht werden, stellen eine neoliberale Inszenierung von oben dar und sind als paternalistisch-autoritäre Konzepte zu sehen. Aus der Sicht von Frauen bedeuten sie eine Re-Privatisierung und Familialisierung von sozialen Aufgaben und die wieder bekräftigte Zuständigkeit von Frauen für die Sicherung des sozialen Kapitals einer Gesellschaft

»Re-Privatisierung und Familialisierung von sozialen Aufgaben«

(soziale Bindung, Integration, Solidarität) – auch wenn sie selber nach wie vor keine ausreichende soziale Sicherung erhalten.¹⁴

Die Rede von der Wahlfreiheit ist der diskursive Renner des Neoliberalismus. Wer will sie nicht? Tatsächlich handelt es sich dabei um einen Etikettenschwindel. Denn die imaginierte oder reale Fremdbestimmung durch Politik – durch den allzu fürsorglichen Staat – wird ersetzt durch die Abhängigkeit von Marktentwicklungen. Dann kümmern sich eben die BürgerInnen um Ausbildungsplätze für Jugendliche, leisten Hausaufgabenhilfe für ausländische Kinder, tischen den neuen Armen der Gesellschaft etwas zum Essen auf, gründen Sozialmärkte und bemühen sich, wie die Süddeutsche Zeitung es so treffend auf den Punkt bringt, um »ein Bündnis der Ideen-, der Geld- und der Zeitreichen«.

Margit Appel, Mag. phil., Politologin mit Schwerpunkt auf Frauenforschung, ist Mitarbeiterin der Katholischen Sozialakademie Österreichs (kso^a) in den Bereichen Wirtschafts- und Sozialpolitik und politische Erwachsenenbildung.

¹ Sektion V BMSK, Freiwilligenpolitik, Wien 2009, in: BMSK, Sozialbericht 2007-2008. Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen, Wien 2009, 117-122, 119/120.

² Christa Schlager, Soziale Ungleichheit und Armut aus Geschlechterperspektive, in: Nikolaus Dimmel/Karin Heitzmann/Martin Schenk (Hg.), Handbuch Armut in Österreich, Innsbruck 2009, 127-137, 130.

³ Daniela Müller, Freiwillige helfen dem Staat sparen. Unverzichtbar. Ohne ehrenamtlich Tätige wäre das Leben in Österreich so nicht vorstellbar. Auch der Staat spart durch sie, in: Salzburger Nachrichten, 2. Mai 2009, 15.

⁴ AK Wien (Hg.), AK-Frauenbericht 1995-2005. Arbeit – Chancen – Geld, Wien 2006, 86.

⁵ http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/soziales/freiwilligenarbeit/029570. Zugriff 16.5.2009.

⁶ Statistik Austria, Struktur und Volumen der Freiwilligenarbeit in Österreich, Wien 2008, 26.

⁷ http://www.bdkj.de/fileadmin/user_upload/pdf/Beschluesse/4_Maedchen_und_Frauenpolitik/4_23_Frauen_in_der_Kirche.pdf.

⁸ Mascha Madörin, Die Krise der Freiwilligenarbeit, in: WoZ-Online, 31.5.2001.

⁹ Isidor Wallimann, Freiwilligenarbeit nützt nur den Privilegierten.

Gesellschaftlich zu teuer, Probleme vertieft, Existenzsicherung nicht garantiert, in: Soziale Arbeit, 10-11/2000, 403-408, 404.

¹⁰ Ebd., 404f.

¹¹ Ebd., 405.

¹² Ebd.

¹³ <http://www.sueddeutsche.de/leben/400466978/text/print.html>. Zugriff 14.05.2009.

¹⁴ Birgit Sauer, Zivilgesellschaft versus Staat? Geschlechterkritische Anmerkungen zu einer problematischen Dichotomie, in: Margit Appel/Luise Gubitzer/Birgit Sauer (Hg.), Zivilgesellschaft – Ein Konzept für Frauen? Wien 2003, 117-136.